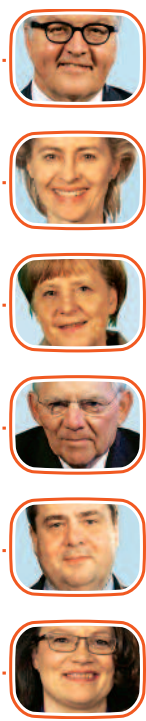


Minister auf YouTube

Klickzahlen für PR-Videos der Bundesregierung, Stand: 23. Mai

zum Vergleich: die „Wutrede“ Steinmeiers: über 2 Mio. nach drei Tagen

Frank-Walter Steinmeier Außenminister.....	3576
Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin	2663
Angela Merkel Kanzlerin	2495
Manuela Schwesig Familienministerin	2257
Wolfgang Schäuble Finanzminister.....	2153
Sigmar Gabriel Wirtschaftsminister.....	2068
Heiko Maas Justizminister	1834
Alexander Dobrindt Verkehrsminister	1564
Andrea Nahles Arbeitsministerin	1458
Hermann Gröhe Gesundheitsminister	1379
Johanna Wanka Bildungsministerin	1376
Gerd Müller Entwicklungsminister	1357
Thomas de Maizière Innenminister	1342
Barbara Hendricks Umweltministerin	1189
Peter Altmaier Kanzleramtsminister	1169
Christian Schmidt Landwirtschaftsminister	949



YouTube Miese Klickrate

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr 305 000 Euro für die Produktion von Videos ausgegeben, die auch auf YouTube zu sehen sind. Der Erfolg der PR-Aktion bleibt bislang allerdings aus. Im Frühjahr stellten sich die Minister der Großen Koalition in kurzen Videoclips vor, die Nutzer aber verschmähen die YouTube-Filmchen bis heute: Alle 16 Regierungsmitglieder

zusammen brachten es bislang nur auf schlappe 28 800 Klicks. Selbst Videos aus der Rubrik „Die Woche der Kanzlerin“ schaffen dort selten mehr als 2000 Aufrufe. Dabei sitzt mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier das beste Beispiel für gelungene Eigenwerbung im Netz mit am Kabinetttisch: Das Video mit seiner Wutrede gegen linke Demonstranten wurde auf YouTube innerhalb von drei Tagen über zwei Millionen Mal angeklickt. pam

Organspenden Verlorenes Vertrauen, wenig Wissen

Die Manipulationen bei der Organvergabe haben nicht nur das Vertrauen der Bürger, sondern auch das der Ärzte und Pflegenden in den Kliniken nachhaltig beschädigt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forscherteam um Thomas Breidenbach, Geschäftsführender Arzt der Deutschen Stiftung Organtransplantation in Bayern. Im Rahmen einer Studie hatten die Wissenschaftler knapp 3000 Fragebögen aus 50 bayerischen Kliniken ausgewertet. Die Adressaten waren Ärzte und Pflegende, die auf Intensivstationen, in Operationssälen und im Bereich der Hirntoddiagnostik arbeiten. Zwar gaben 81 Prozent der Teilnehmer an, eine grundsätzlich positive Einstellung zur Organspende zu haben. Zugleich vermerkten 28 Prozent, die jüngsten Entwicklungen hätten diese Einstellung aber negativ beeinflusst. Nur 57 Prozent der Befragten wünschen sich im Notfall selbst eine Transplantation; in der gesamten Bevölkerung sind es 85 Prozent. Aus Sicht der befragten Ärzte hat der Konkurrenzdruck unter den Transplantationszentren Manipulationen begünstigt. Viele Pflegende sehen Korruptionserbarkeit be-

ziehungsweise Geldgier einzelner Mediziner als Hauptursache. Die Mehrheit aller Befragten glaubt zudem nicht, dass die von der Politik getroffenen Maßnahmen Manipulationen künftig verhindern. Erschreckendes Fazit aus Sicht der Forscher: 90 Prozent der Ärzte und des Pflegepersonals bekannten, unzureichend über das Thema Organspende informiert zu sein, besonders in Bezug auf die Angehörigenbetreuung. Breidenbach alarmiert dieser Fortbildungsbedarf: „Das Engagement von Klinikmitarbeitern hat entscheidenden Einfluss auf die Realisierung von Organspenden.“ win

Parlament Rot-Rot-Grün

Politiker von SPD, Grünen und Linken wollen nach der Europawahl wieder Gespräche miteinander führen. Geplant sind mehrere öffentliche Diskussionen im Juni und Juli zum Streitthema Außenpolitik. Teilnehmen werden unter anderem der SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich, die Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger und der Linken-Politiker Stefan Liebich. Ziel der Gespräche ist eine Annäherung der Parteien mit Blick auf eine mögliche Koalition nach der nächsten Bundestagswahl. gor

RAF Aus Stammheim zur Stasi

Auf bisher unbekanntem Wegen sind Wortprotokolle des Prozesses gegen RAF-Mitglieder aus den Jahren 1975 bis 1977 der DDR-Staatssicherheit übermittelt worden. Die jetzt in der Stasi-Behörde entdeckten Protokolle sind von zeitgeschichtlicher Bedeutung, weil es in der Bundesrepublik fast keine mehr gibt. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte die meisten der 192 Verhandlungstage gegen die Köpfe der sogenannten

ersten RAF-Generation wie Andreas Baader und Gudrun Ensslin auf Tonband mitschneiden und die Bänder abtippen lassen. Tonträger und Abschriften wurden vernichtet. Die jetzt vorliegenden Protokolle von zwölf Verhandlungstagen im August und September 1976 zeigen die harte Verhandlungsführung im Hochsicherheitssaal von Stuttgart-Stammheim. Dokumentiert sind darin zudem die Strategie von Verteidigern wie dem späteren Innenminister Otto Schily und Ausfälle der Angeklagten. mbs

NSA Bau mitfinanziert

Die Bundesregierung hat umfangreiche Erweiterungs- und Renovierungsarbeiten an einem der wichtigsten Standorte des US-Geheimdienstes NSA in Deutschland mitfinanziert. Aus Steuermitteln flossen rund 858 000 Euro in die Modernisierung des sogenannten Dagger-Komplexes beim hessischen Griesheim. Zwar trugen die Amerikaner die Baukosten von 3,9 Millionen Euro allein. Darüber hinaus entstanden jedoch Planungs- und Bauherrenkosten

von mehr als einer Million Euro. Laut einer Vereinbarung von 1975 müssen die USA nur sechs Prozent dieser Nebenkosten zahlen, den Rest tragen die Deutschen – weil der Bund Bauherr vieler US-Militäreinrichtungen in Deutschland ist. Die Amerikaner überwiesen für den Dagger-Komplex 234 000 Euro, auf dem Restbetrag blieb der Bund sitzen. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele rügt die Finanzspritze: „Dadurch hat die Bundesregierung mit unseren Steuergeldern die dort ansässige NSA finanziert.“ ore